

JÜRGEN STAMM

Die Prozessklärung

*Veröffentlichungen
zum Verfahrensrecht
230*

Mohr Siebeck

Veröffentlichungen zum Verfahrensrecht

Band 230

herausgegeben von

Rolf Stürner



Jürgen Stamm

Die Prozesserklärung

Eine Neuordnung des Zivilprozessrechts unter
Rückbesinnung auf das Recht der Willenserklärung

Mohr Siebeck

Jürgen Stamm, geboren 1968; Studium der Rechtswissenschaften in Münster und Bochum; 2000 Promotion; 2006 Habilitation; Inhaber des Lehrstuhls für Bürgerliches Recht und Zivilprozessrecht in Erlangen; Geschäftsführer des Instituts für Anwaltsrecht und Anwaltspraxis.
orcid.org/0009-0008-4514-8048

ISBN 978-3-16-200482-6 / eISBN 978-3-16-200483-3
DOI 10.1628/978-3-16-200483-3

ISSN 0722-7574 / eISSN 2568-7255 (Veröffentlichungen zum Verfahrensrecht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind über <https://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2026 Mohr Siebeck Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Das Recht einer Nutzung der Inhalte dieses Werkes zum Zwecke des Text- und Data-Mining im Sinne von § 44b UrhG bleibt ausdrücklich vorbehalten.

Gedruckt auf alterungsbeständiges Papier.

Mohr Siebeck GmbH & Co. KG, Wilhelmstraße 18, 72074 Tübingen, Deutschland
www.mohrsiebeck.com, info@mohrsiebeck.com

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	IX
Einleitung	1
<i>I. Veranlassung zu einem Paradigmenwechsel</i>	<i>1</i>
<i>II. Unveränderlichkeit der Willenserklärung des Bürgers im Prozess</i>	<i>2</i>
§ 1 Stand der Lehre zur Prozesshandlung	3
<i>I. Begriffliche Verselbstständigung</i>	<i>3</i>
<i>II. Konglomerat heterogener Problemfelder</i>	<i>4</i>
<i>III. Verhältnis zur Lehre von der Willenserklärung</i>	<i>4</i>
<i>IV. Gemeinsame Wurzeln im Sinne der Dynamik von Prozess- und Zivilrecht</i>	<i>5</i>
§ 2 Die Frage nach der Rechtsnatur der Prozesshandlung	7
<i>I. Die fragwürdige Fokussierung auf eine Handlung</i>	<i>7</i>
<i>II. Zur angestrebten prozessualen Rechtsfolge</i>	<i>9</i>
<i>III. Prozessuale Willenserklärung anstelle von Prozesshandlung</i>	<i>9</i>
§ 3 Ermittlung der gesetzlichen Grundlagen	11
<i>I. Mangelnde Normierung im Prozessrecht</i>	<i>11</i>
<i>II. Blick ins Verwaltungsverfahrenrecht</i>	<i>11</i>
<i>III. Die Willenserklärung gegenüber einer Behörde als Wegweiser</i>	<i>12</i>
<i>IV. Rückgriff auf die Lehre von der Willenserklärung</i>	<i>13</i>
<i>V. Begründungserfordernis als Tatbestandsmerkmal der Prozessklärung</i>	<i>17</i>
<i>VI. Sach- und Prozessanträge</i>	<i>17</i>
<i>VII. Prozessklärungsähnliche Erklärungen in Anlehnung an rechtsgeschäftsähnliche Erklärungen</i>	<i>18</i>

§ 4 Die Klage als prozessuale Willenserklärung	19
I. Klageantrag als Willenserklärung zur Erwirkung eines gerichtlichen Urteils	19
II. Klagebegründung	22
III. Adressat, Abgabe und Zugang der Klage	23
IV. Auslegung der Klage	24
V. Bedeutung und Auswirkungen der Rechtshängigkeit	25
VI. Ergebnis zur Klage	37
§ 5 Die Klagerücknahme als zulässiger Widerruf der Klage	39
I. Rechtsnatur einer Prozessserklärung	39
II. Widerruflichkeit der Klage noch nach Anhängigkeit	39
III. Bedeutung der Einwilligung des Beklagten	41
IV. Rechtsfolge des Widerrufs der Klage	43
V. § 269 ZPO de lege ferenda	51
§ 6 Die vermeintlichen Eigenarten von Prozessserklärungen	53
I. Bedingungsfeindlichkeit von Prozessserklärungen?	54
II. Widerrufsfeindlichkeit?	58
III. Anfechtungsfeindlichkeit von Prozessserklärungen?	60
IV. Ergebnis	72
§ 7 Die Erledigungserklärung	73
I. Rechtsnatur	73
II. Ausschluss eines „einfachen“ Widerrufs der Klage	75
III. Beseitigung des Schwebezustands	75
IV. Widerruf der Erledigungserklärung nach Erklärung des Prozessgegners	78
V. Keine Beeinflussung der Endentscheidung des Gerichts	79
VI. Ergebnis	80

§ 8 Weitere Prozessserklärungen	81
I. Klageerwiderung als widerklagende negative Feststellungsklage	81
II. Angriffs- und Verteidigungsmittel: Ausdruck des prozessualen Begründungserfordernisses	82
III. Klageänderung und Konkurrenzverhältnis zum Widerruf der Klage	83
IV. Widerklage	84
V. Prozessserklärungen, die auf prozessuale Maßnahmen abzielen	85
§ 9 Prozessserklärungen mit Doppelnatur?	87
I. Die Entzauberung der sogenannten Prozessaufrechnung	87
II. Entflechtung des sogenannten Prozessvergleichs	106
III. Das sogenannte Anerkenntnisurteil	120
IV. Verzichtsurteil als Sachurteil aufgrund Erlassvertrags	121
V. Ergebnis	121
§ 10 Zur Fehlerfolgenlehre	123
I. Rückgriff auf die Lehre von der Willenserklärung	123
II. Prozessspezifische Einflussfaktoren	125
III. Pflichtverletzung und Verschulden als Voraussetzungen einer Sanktion	126
IV. Mängel der Klage	126
V. Prozessserklärungsvoraussetzungen im Allgemeinen	129
VI. Heilung durch Verwirkung der Rügemöglichkeit des Prozessgegners	129
VII. Präklusion	133
VIII. Ergebnis	135
Zusammenfassung	137
I. Paradigmenwechsel	137
II. Rückbesinnung auf die Lehre von der Willenserklärung	137
III. Die Prozessserklärung	138
IV. Die Klage als Prozessserklärung	139

<i>V. Neuordnung von Anhängigkeit und Rechtshängigkeit</i>	140
<i>VI. Klagerücknahme als zulässiger Widerruf der Klage</i>	142
<i>VII. Auflösung der vermeintlichen Eigenarten von Prozessklärungen</i> . . .	144
<i>VIII. Entschlüsselung der Erledigungserklärung</i>	147
<i>IX. Weitere Prozessklärungen</i>	148
<i>X. Entflechtung von Prozessklärungen mit sogenannter Doppelnatur</i>	149
<i>XI. Die Fehlerfolgenlehre</i>	154
Resümee	159
Literaturverzeichnis	161
Gesetzesmaterialien	167
Stichwortverzeichnis	168

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsübersicht	V
Einleitung	1
<i>I. Veranlassung zu einem Paradigmenwechsel</i>	<i>1</i>
<i>II. Unveränderlichkeit der Willenserklärung des Bürgers im Prozess</i>	<i>2</i>
§ 1 Stand der Lehre zur Prozesshandlung	3
<i>I. Begriffliche Verselbstständigung</i>	<i>3</i>
<i>II. Konglomerat heterogener Problemfelder</i>	<i>4</i>
<i>III. Verhältnis zur Lehre von der Willenserklärung</i>	<i>4</i>
<i>IV. Gemeinsame Wurzeln im Sinne der Dynamik von Prozess- und Zivilrecht</i>	<i>5</i>
§ 2 Die Frage nach der Rechtsnatur der Prozesshandlung	7
<i>I. Die fragwürdige Fokussierung auf eine Handlung</i>	<i>7</i>
1. Prozesshandlung als Realakt?	7
a) Anknüpfung an die überkommene Papierform	8
b) Verengung auf den Handlungswillen	8
2. Voreilige Ausblendung des Willenselements	8
<i>II. Zur angestrebten prozessualen Rechtsfolge</i>	<i>9</i>
<i>III. Prozessuale Willenserklärung anstelle von Prozesshandlung</i>	<i>9</i>
§ 3 Ermittlung der gesetzlichen Grundlagen	11
<i>I. Mangelnde Normierung im Prozessrecht</i>	<i>11</i>
<i>II. Blick ins Verwaltungsverfahrenrecht</i>	<i>11</i>
<i>III. Die Willenserklärung gegenüber einer Behörde als Wegweiser</i>	<i>12</i>
<i>IV. Rückgriff auf die Lehre von der Willenserklärung</i>	<i>13</i>
1. Dienender Charakter des Prozessrechts	13

2.	Unveränderte Erklärungsform des Bürgers gegenüber dem Gericht	13
3.	Prozessuale Willenserklärung gegenüber dem Gericht	14
4.	Systemimmanenter Ausschluss eines Prozessvertrags	14
5.	Unterscheidung zwischen Erwirkung und Bewirkung schon im materiellen Recht	15
6.	Nähe zur außergerichtlichen Einigung der Parteien	16
7.	Methodischer Rückgriff im Wege der Analogie	16
V.	<i>Begründungserfordernis als Tatbestandsmerkmal der Prozessklärung</i>	17
VI.	<i>Sach- und Prozesanträge</i>	17
VII.	<i>Prozesserklärungsähnliche Erklärungen in Anlehnung an rechtsgeschäftsähnliche Erklärungen</i>	18
§ 4	Die Klage als prozessuale Willenserklärung	19
I.	<i>Klageantrag als Willenserklärung zur Erwirkung eines gerichtlichen Urteils</i>	19
1.	Differenzierung anhand der Klagearten	19
2.	Bestimmtheitsgrundsatz	20
3.	Parteibezogene materielle Wirksamkeitsvoraussetzungen	21
4.	Stellvertretung	21
5.	Bevollmächtigung	21
6.	Form	22
II.	<i>Klagebegründung</i>	22
III.	<i>Adressat, Abgabe und Zugang der Klage</i>	23
1.	Gericht als Adressat der empfangsbedürftigen Klage	23
2.	Abgabe der Klage	23
3.	Anhängigkeit als Umschreibung des Zugangs	23
IV.	<i>Auslegung der Klage</i>	24
1.	Rückgriff auf §§ 133, 157 BGB analog	24
2.	Empfängerhorizont des Gerichts	24
3.	Einschränkungen durch das Form- und Begründungserfordernis ...	24
4.	Falsa demonstratio non nocet	25
V.	<i>Bedeutung und Auswirkungen der Rechtshängigkeit</i>	25
1.	Rechtshängigkeit als Zugang der prozessleitenden Verfügung des Gerichts	25
2.	Auswirkungen der Rechtshängigkeit	26
a)	Prozessuale Auswirkungen	26
aa)	Verfehlte Anknüpfung von § 261 Abs. 3 ZPO (erst) an die Rechtshängigkeit	26

bb) Erledigung vor Rechtshängigkeit	27
(1) Klageeinreichung als Bezugspunkt der kostenrechtlichen Notwendigkeit	27
(2) Klageeinreichung als Bezugspunkt für die Entlastung des Beklagten	27
(3) Normative Konsequenzen für §§ 91, 91a, 93 ZPO und § 269 Abs. 3 S. 3 ZPO	28
(4) Erledigung vor Anhängigkeit	29
cc) Zeitliche Grenzen der Rechtskraft	29
b) Materiellrechtliche Auswirkungen	29
aa) Zivilrechtlicher Bezug der Rechtshängigkeit	29
bb) Differenzierender Ansatz gemäß § 262 S. 2 ZPO	29
cc) Hemmung der Verjährung	30
(1) Verfehlte Rückwirkung der Zustellung der Klage	30
(2) Warnfunktion erst mit Rechtshängigkeit	30
(3) Problem der Verzögerung durch das Gericht und ihrer Zurechnung	31
(4) Warnfunktion vermittelt klägerseitigen Hinweises auf die Klageeinreichung	32
(5) Vermeidung dogmatischer Unzulänglichkeiten und praktischer Rechtsunsicherheiten	32
(6) Auswirkung für Fristwahrung	33
(7) Normative Auswirkungen	33
(8) Befristete Verjährungshemmung der ersten Mahnung de lege ferenda	33
dd) Verhältnis von Klage und Mahnung	34
(1) Identische Rechtsnatur	34
(2) Klage beinhaltet Mahnung	34
(3) Streichung von § 286 Abs. 1 S. 2 BGB	35
(4) Streichung von § 291 BGB	35
ee) Verhältnis von Rechtshängigkeit und Bösgläubigkeit	36
3. Ergebnis zur Rechtshängigkeit	36
VI. Ergebnis zur Klage	37
§ 5 Die Klagerücknahme als zulässiger Widerruf der Klage	39
I. Rechtsnatur einer Prozesserkklärung	39
II. Widerruflichkeit der Klage noch nach Anhängigkeit	39
1. Widerruflichkeit der Willenserklärung nach materiellem Zivilrecht	39
2. Widerruflichkeit der Klage	40
III. Bedeutung der Einwilligung des Beklagten	41
1. Klageerwiderung als widerklagende negative Feststellungsklage	41

2.	Verwerfung der ersten mündlichen Verhandlung als Zeitpunkt des Einwilligungserfordernisses	41
3.	Einwilligung als gleichzeitiger Widerruf der Klageerwiderung	42
4.	Einwilligung oder Genehmigung	42
5.	Gericht als ausschließlicher Empfänger der Zustimmung	42
6.	Anhängigkeit der Klageerwiderung als zeitlicher Bezugspunkt	43
7.	Bindung einer Leistungsklage an das Gericht der negativen Feststellungsklage	43
IV.	<i>Rechtsfolge des Widerrufs der Klage</i>	43
1.	Ende der Anhängigkeit	43
2.	Ende der Rechtshängigkeit?	44
3.	Rückwirkung des Widerrufs?	44
a)	Keine einseitige Widerruflichkeit der Klage jenseits des Urteils	44
b)	Nivellierender Vertrag als Rechtfertigung für den Widerruf	45
c)	Zweite Funktion des Zustimmungserfordernisses	45
d)	Entbehrlichkeit der Zustimmung bei Säumnis des Beklagten	46
e)	Zustimmung befreit von Prüfung rechtlicher Nachteile für den Beklagten	46
f)	Berechtigung zur Beseitigung der Rechtsgrundlage eines bereits ergangenen Urteils	47
g)	Widerruflichkeit jenseits der Rechtskraft	47
h)	Auswirkungen des Widerrufs auf ein bereits ergangenes Urteil	47
aa)	Aufhebung allein durch das Gericht	48
bb)	Voraussetzungen für die Aufhebung	48
cc)	Konstitutive Aufhebung durch Urteil anstelle deklaratorischen Beschlusses	48
i)	Widerruflichkeit allein des exekutiven Leistungsbefehls als Alternative?	49
j)	Fehlende Rückwirkung auch in Bezug auf die Auswirkungen der Klage	49
aa)	Prozessuale Auswirkungen	49
bb)	Materiellrechtliche Auswirkungen	50
k)	Ergebnis zur Frage der Rückwirkung	50
4.	Kostenentscheidung als Folge der Aufhebung	51
V.	<i>§ 269 ZPO de lege ferenda</i>	51
§ 6	Die vermeintlichen Eigenarten von Prozesserkklärungen	53
I.	<i>Bedingungsfeindlichkeit von Prozesserkklärungen?</i>	54
1.	Parallele zur Bedingungsfeindlichkeit eines einseitigen Rechtsgeschäfts	54
2.	Rechtssicherheit im Zivilprozess analog § 388 S. 2 BGB	54

3.	Die innerprozessuale Potestativbedingung für das Gericht	54
a)	Abhängigkeit der Prozessserklärung von einer gerichtlichen Vorentscheidung	55
b)	Keine umgekehrte Abhängigkeit der Endentscheidung des Gerichts von einer Prozessserklärung	55
c)	Zuordnung der Abhängigkeit von der Bewilligung von Prozesskostenhilfe	56
d)	Verjährungshemmende Wirkung des Hilfsantrags	56
4.	Ergebnis	57
II.	<i>Widerrufsfeindlichkeit?</i>	58
1.	Bindungswirkung bei Zugang	58
2.	Besonderheiten des Prozesses	58
a)	Erwirkungserklärungen	58
b)	Bewirkungserklärungen	59
aa)	Einvernehmliche Widerruflichkeit	59
bb)	Aufhebung eines Aufhebungsurteils	59
3.	Ergebnis	60
III.	<i>Anfechtungsfeindlichkeit von Prozessserklärungen?</i>	60
1.	Anfechtbarkeit	62
a)	Erwirkungserklärungen	62
aa)	Anfechtbarkeit parallel zur Widerruflichkeit	62
bb)	Anfechtbarkeit jenseits des erwirkten Urteils kraft Rückwirkung	63
b)	Bewirkungserklärungen	63
2.	Rechtsnatur und Voraussetzungen der Anfechtungserklärung	64
3.	Anfechtungsgegner analog § 143 Abs. 4 S. 2 BGB	64
4.	Anfechtungsgrund	64
a)	Erklärungs- und Inhaltsirrtum versus Eigenschafts- und Motivirrtum	64
b)	Arglistige Täuschung und rechtswidrige Drohung	65
5.	Anfechtungsfrist	66
6.	Rechtsfolgen der Anfechtung	66
a)	Rückwirkung und ihre prozessuale Relativierung	66
b)	Auswirkungen auf den Prozess	67
aa)	Erwirkungserklärungen	67
bb)	Bewirkungserklärungen	67
c)	Tragung der Prozesskosten und Haftung	67
aa)	Prozessuale Kostenerstattung	67
bb)	Materiellrechtliche Kostenerstattung	68
(1)	Haftung des Anfechtenden aus § 122 BGB	68
(a)	Haftung gegenüber dem Prozessgegner anstelle des Gerichts	68

(b) Ausgleichsfunktion der Haftung	68
(c) Konkurrierende Haftungstatbestände	69
(d) Prozessuale Realisierung	69
(2) Haftung bei Irrtum gemäß § 123 BGB	69
7. Konkurrenzen zur Anfechtung	70
a) Auslegung und Rubrumsberichtigung	70
b) Klageänderung	70
c) Widerruf	71
8. Konkurrenzen zu Anfechtung und Widerruf	71
a) Rechtsmittel	71
b) Wiederaufnahmeverfahren	71
9. Ergebnis	72
IV. Ergebnis	72
§ 7 Die Erledigungserklärung	73
I. <i>Rechtsnatur</i>	73
1. Privilegierter Widerruf der Klage bei Zustimmung	73
a) Innerprozessuale Bedingung in Form einer Zustimmung des Prozessgegners	73
b) Beidseitige Erledigungserklärung als privilegierter Widerruf der Klage	73
c) Integration von § 91a ZPO in § 269 ZPO de lege ferenda	74
2. Klageänderung bei Verweigerung der Zustimmung	74
3. Erledigungserklärung als Kombination zweier bedingungsrechtlich verknüpfter Prozessserklärungen	75
II. <i>Ausschluss eines „einfachen“ Widerrufs der Klage</i>	75
III. <i>Beseitigung des Schwebezustands</i>	75
1. Fiktion gemäß § 269 Abs. 2 S. 4 ZPO	76
2. Widerruf der Erledigungserklärung als Bewirkungserklärung?	76
a) Parallele zur Bindung beim Vertragsschluss?	76
b) Bedingungsrechtlicher Schwebezeitraum	76
aa) Bedingungsrechtliche Auflösung?	77
bb) Befristungsfeindlichkeit von Prozessserklärungen	77
cc) Auflösung mittels Fristsetzung?	77
3. Rückschluss für andere Schwebezeiträume im Prozess	78
4. Ergebnis	78
IV. <i>Widerruf der Erledigungserklärung nach Erklärung des Prozessgegners</i>	78
V. <i>Keine Beeinflussung der Endentscheidung des Gerichts</i>	79
1. Keine hilfsweise Zustimmung zur Erledigungserklärung	79

2. Keine hilfsweise Erledigungserklärung bei Klageabweisung	79
VI. Ergebnis	80
§ 8 Weitere Prozessklärungen	81
I. Klageerwiderung als widerklagende negative Feststellungsklage	81
1. Sachantrag	81
2. Verspätung	81
3. Rechtskrafterstreckung des klageabweisenden Urteils	82
4. Folgen für das Berufungsverfahren	82
a) Aufgabe der Differenzierung zwischen formeller und materieller Beschwerde	82
b) Existenzberechtigung der Anschlussberufung	82
II. Angriffs- und Verteidigungsmittel: Ausdruck des prozessualen Begründungserfordernisses	82
III. Klageänderung und Konkurrenzverhältnis zum Widerruf der Klage	83
1. Isolationstheorie als Ausdruck der Dynamik des Zivilprozesses	83
2. Kumulationstheorie im Bereich des Zustimmungserfordernisses	84
IV. Widerklage	84
1. Prinzip der Waffengleichheit und Prozessökonomie	84
2. Ablehnung der Konnexität als besondere Sachurteilsvoraussetzung	85
V. Prozessklärungen, die auf prozessuale Maßnahmen abzielen	85
§ 9 Prozessklärungen mit Doppelnatur?	87
I. Die Entzauberung der sogenannten Prozessaufrechnung	87
1. Unabhängigkeit der Aufrechnung vom Prozess	88
2. Unabhängigkeit der Aufrechnung von der Parteirolle	88
3. Gleichstellung mit anderen Mitteln der Erfüllung	88
4. Gleichstellung mit anderen im Prozess erklärten Gestaltungsrechten	89
5. Gleichstellung mit anderen Verteidigungsmitteln	89
6. Prozessvoraussetzungen als partielle doppelrelevante Tatsachen zur Aufrechnungserklärung	89
7. Unterschiedliche Erklärungsadressaten	90
8. Verteidigungsmittel zur Begründung einer Prozessklärung	90
9. Keine Unwirksamkeit der Aufrechnung aus prozessualen Gründen	91
a) Verwerfung einer Analogie zu § 139 BGB	91
b) Mangelnde Eignung des Prozessrechts zur Beschränkung des materiellen Rechts	92

c) Willkürliche Ergebniskorrektur	92
d) Korrektur mittels des materiellen Rechts	93
10. Die bedingte Aufrechnungserklärung an der Nahtstelle von Zivil- und Prozessrecht	93
a) Bestand der Hauptforderung als reine Rechtsbedingung	93
b) Fälligkeit und Durchsetzbarkeit der Hauptforderung als zulässige Bedingung	94
aa) Prinzip der materiellrechtlichen Waffengleichheit	94
bb) Unsicherheit der Fälligkeit und Durchsetzbarkeit als einseitiges Parteirisiko?	94
cc) Erkennbarkeit der Bedingung	95
c) Prozessuale Wirksamkeit des Verteidigungsmittels als Bedingung	96
aa) Fehlende Einflussnahme des Aufrechnungsempfängers	96
bb) Risikosphäre des Aufrechnenden?	97
cc) Sinn einer privatautonomen Verknüpfung	97
dd) Auslegung der Aufrechnungserklärung als Hilfsaufrechnung	98
(1) Innerprozessuale Aufrechnung	98
(2) Außerprozessuale Aufrechnung	98
d) Unzulässigkeit einer innerprozessualen Bedingung des Verteidigungsmittels	99
e) Gleichstellung von außer- und innerprozessualer Aufrechnung	99
f) Aufrechnungserklärung unterliegt keiner Verspätung	99
g) Hilfsweise Ausübung anderer Gestaltungsrechte	100
11. Unwiderruflichkeit der Aufrechnungserklärung versus Widerruflichkeit des Verteidigungsmittels	100
12. Anfechtbarkeit von Aufrechnungserklärung und Verteidigungsmittel	100
13. Auswirkungen des wechselseitigen Vertrauensschutzes im Prozess	100
a) Vertrauensschutz als prägendes Prinzip der Aufrechnung	101
b) Aufrechnung unabhängig von der Parteirolle	101
c) Wechselseitige Rechtskafterstreckung	101
d) Wechselseitige Verjährungshemmung	101
e) Wechselseitige Obliegenheit zur Substantiierung der Forderung	101
f) Grenzen der Prozesstrennung und des Vorbehaltsurteils	102
14. Ausklammerung der prozessualen (Un-)Zulässigkeit der Aufrechnung von der Rechtskafterstreckung	103
15. Abgrenzung zur Widerklage	103
a) Erfüllungssurrogat versus Prozessserklärung	103
b) Keine Anhängigkeit der Gegenforderung im Zuge der Aufrechnung	104
aa) Aufrechnung als bloßes Verteidigungsmittel	104

bb) Rechtskrafterstreckung aufgrund fingierter negativer Zwischenfeststellungsklage	104
c) Rechtswegunabhängigkeit der Aufrechnung	105
d) Ausschlussverhältnis und Hilfswiderklage	105
16. Ergebnis	106
<i>II. Entflechtung des sogenannten Prozessvergleichs</i>	<i>106</i>
1. Auf der Suche nach dem prozessualen Element des Vergleichs	106
a) Ende der Rechtshängigkeit als bloßes Synonym der Beendigung des Rechtsstreits	106
b) Parallele zu anderen prozessbeendenden Vollstreckungstiteln ...	107
c) Systematische Nähe zum Urteil	108
d) Formerfordernis ohne Einfluss auf die Rechtsnatur	108
e) Titelfunktion als Ausfluss des gerichtlichen Vollzugsakts	108
f) Parallele zur notariellen Unterwerfungserklärung	109
g) „Doppeltatbestand“ von Vergleich unter Unterwerfungserklärung	109
h) Parallele zum Widerruf der Klage bei bereits ergangenem Urteil	109
2. Bestandteile des Vergleichs im Prozess	110
a) Materiellrechtlicher Vergleich	110
b) Prozessuale Unterwerfungserklärung gegenüber dem Gericht ...	110
c) Schuldrechtliche Unterwerfungsverpflichtung	110
d) Exekutiver Leistungsbefehl des Gerichts	111
e) Ergebnis	111
3. Formerfordernis	111
a) Gerichtliche Protokollierung	111
b) Umfang des Formerfordernisses	112
c) Rechtsfolge bei Formnichtigkeit	112
aa) Formunwirksamkeit gemäß § 125 S. 1 BGB	113
bb) Verfehltter Rückgriff auf § 154 Abs. 2 BGB analog oder § 139 BGB analog	113
cc) Umdeutung gemäß § 140 BGB	114
dd) Fortsetzung des ursprünglichen Prozesses und Heilung des Formfehlers	114
4. Anderweitige Unwirksamkeitsgründe	116
a) Gerichtliche Verpflichtung zur Aufhebung des exekutiven Leistungsbefehls	116
b) Fortsetzung des ursprünglichen Prozesses	116
c) Keine Differenzierung in Abhängigkeit vom Zeitpunkt der Unwirksamkeit	117
5. Unwirksamkeit nur einzelner Bestandteile des Vergleichs	117
a) Kondition der Unterwerfungserklärung bei unwirksamem Vergleich	118

b) Fehlende Verpflichtung zur Unterwerfung	118
c) Neuvernahme einer unwirksamen Unterwerfungserklärung	118
d) Neuvernahme eines unwirksamen Leistungsbefehls	119
e) Entbehrlichkeit präventiver vertraglicher Regelungen	119
6. Zwischenfeststellungsklage zur Unwirksamkeit des Vergleichs, nicht des Fortbestands der Rechtshängigkeit	119
7. Ergebnis	119
III. <i>Das sogenannte Anerkenntnisurteil</i>	120
1. Sachurteil aufgrund eines materiellrechtlichen Anerkenntnisses	120
2. Vergebliche Suche nach dem Sinn eines prozessualen Anerkenntnisses	120
IV. <i>Verzichtsurteil als Sachurteil aufgrund Erlassvertrags</i>	121
V. <i>Ergebnis</i>	121
§ 10 Zur Fehlerfolgenlehre	123
I. <i>Rückgriff auf die Lehre von der Willenserklärung</i>	123
1. Unwirksamkeit versus Anfechtbarkeit	123
2. Umdeutung	124
3. Bestätigung und Neuvernahme	124
4. Heilung	124
II. <i>Prozessspezifische Einflussfaktoren</i>	125
1. Dynamik des Prozesses	125
2. Mitwirkungspflichten gegenüber dem Gericht	125
III. <i>Pflichtverletzung und Verschulden als Voraussetzungen einer Sanktion</i>	126
IV. <i>Mängel der Klage</i>	126
1. Echte Prozessvoraussetzungen als zivilrechtlicher Regelfall	126
2. Heilung von Mängeln versus klageabweisendes Prozessurteil	127
a) Sachenrechtlicher Bestimmtheitsgrundsatz zum Klageantrag ...	127
b) Heilung bei Unzuständigkeit	128
c) Heilung parteibezogener Erklärungsvoraussetzungen	128
d) Streitgegenstandsbezogene Sachurteilsvoraussetzungen	129
V. <i>Prozesserklärungsvoraussetzungen im Allgemeinen</i>	129
VI. <i>Heilung durch Verwirkung der Rügemöglichkeit des Prozessgegners</i>	129
1. Grundtatbestand von § 295 ZPO	129
a) Anwendungsbereich für formelle Mängel von Prozesserklärungen	130
b) Doppelter Schutzzweck von Formvorschriften	130

c) Mechanismus einer verzichtbaren Rügeobliegenheit	130
d) Legitimation	130
aa) Ausprägung der Beschleunigungsmaxime und des Gebots eines fairen Verfahrens	131
bb) Ausprägung der Verwirkung	131
e) Heilung ex nunc	132
2. Spezialtatbestände	132
a) Heilung von Mängeln einer Prozesserklärung	132
b) Heilung von Fehlern des Gerichts bei der Zustellung	133
<i>VII. Präklusion</i>	133
1. Auflösung des Widerstreits zwischen Gerechtigkeit und Rechtssicherheit als ratio legis	133
2. Prozessuale Spielräume	133
3. Ausgestaltungen der Präklusion	134
a) Rechtsmittelfristen	134
aa) Legitimation	134
bb) Verschuldensaspekt analog § 280 Abs. 1 S. 2 BGB erst bei Wiedereinsetzung	134
b) Präklusion innerhalb der Instanz	134
aa) Systematik zu § 295 ZPO	134
bb) Legitimation der Präklusion	135
cc) Negerung der prozessualen Präklusion durch die Gerichte	135
<i>VIII. Ergebnis</i>	135
<i>Zusammenfassung</i>	137
<i>I. Paradigmenwechsel</i>	137
<i>II. Rückbesinnung auf die Lehre von der Willenserklärung</i>	137
<i>III. Die Prozesserklärung</i>	138
<i>IV. Die Klage als Prozesserklärung</i>	139
<i>V. Neuordnung von Anhängigkeit und Rechtshängigkeit</i>	140
<i>VI. Klagerücknahme als zulässiger Widerruf der Klage</i>	142
<i>VII. Auflösung der vermeintlichen Eigenarten von Prozessklärungen</i> ...	144
1. Bedingungsfeindlichkeit	144
2. Widerrufsfeindlichkeit versus Widerrufsfreundlichkeit	144
3. Anfechtbarkeit	145
<i>VIII. Entschlüsselung der Erledigungserklärung</i>	147
<i>IX. Weitere Prozessklärungen</i>	148

<i>X. Entflechtung von Prozesserkklärungen mit sogenannter Doppelnatur</i>	149
1. Aufrechnung im Prozess	149
2. Der Vergleich im Prozess	152
3. Anerkenntnis und Erlass im Prozess	154
<i>XI. Die Fehlerfolgenlehre</i>	154
1. Unwirksamkeit, Umdeutung, Bestätigung und Heilung	155
2. Verwirkung und Präklusion	156
Resümee	159
Literaturverzeichnis	161
Gesetzesmaterialien	167
Stichwortverzeichnis	168

Einleitung

Zu den grundlegenden Begrifflichkeiten des Prozessrechts gehört die Prozesshandlung. So selbstverständlich jedoch das Agieren der Parteien im Zivilprozess mit dem Begriff der Prozesshandlung belegt wird, so unklar bleiben Rechtsnatur und Inhalt der Prozesshandlung. Eine tiefergehende Lehre zur Prozesshandlung erschließt sich allenfalls schemenhaft, zu heterogen erscheint die Bandbreite ihrer Anwendungsfelder und das Spektrum der Meinungen.¹

I. Veranlassung zu einem Paradigmenwechsel

Hat sich der Begriff der Prozesshandlung verselbstständigt, so ist die tiefergehende Frage nach dem rechtsdogmatischen Verständnis der sogenannten Prozesshandlung und ihrer rechtlichen Grundlagen aufzuwerfen und zu untersuchen. Scheint sich im Prozessrecht dafür schon mangels gesetzlicher Konkretisierungen keine Antwort zu finden, bietet sich ein Paradigmenwechsel an. Ausgehend von der Prämisse, dass das Prozessrecht gegenüber dem materiellen Recht nur dienenden Charakter hat,² ist zu untersuchen, ob nicht die Lehre von der Willenserklärung zugleich Erklärungen des Bürgers im zivilprozessualen Kontext erfasst und zufriedenstellende Antworten auf die spezifischen Probleme im Prozess liefert.³ Schließlich wird schon derzeit im Bereich der Auslegung auf

¹ S. dazu unter § 1.

² BGHZ 10, 350 (359); *Rauscher*, in: Münchener Kommentar zur ZPO, 2025, Einl., Rn. 27; *Althammer*, in: Stein, 2024, vor § 1, Rn. 5; *Arens*, Willensmängel bei Parteihandlungen, 1968, S. 37, 132; *Deinhardt*, Lehre von den Prozeßhandlungen, 1952, S. 1; *Wagner*, Prozeßverträge, 1998, S. 16; *Baumgärtel*, Wesen und Begriff der Prozeßhandlung, 1957, S. 64; in diese Richtung auch *Henckel*, Prozeßrecht und materielles Recht, 1970, S. 61 ff., wonach der Prozess „dem Zweck einer qualifizierten Rechtsausübung [dient]“.

³ So schon ähnlich im Ansatz *Drüll*, Anwendbarkeit bürgerlichrechtlicher Normen auf Parteihandlungen, 1934, der die direkte Anwendbarkeit bürgerlichrechtlicher Vorschriften auf Parteihandlungen im Zivilprozess ausschließt (S. 2) und schließlich zu dem Ergebnis gelangt, dass auch eine analoge Anwendung in den meisten Fällen ausgeschlossen sei (S. 35), insbesondere im Hinblick auf die Geltendmachung von Willensmängeln bei Parteihandlungen (S. 21 ff.). Auch *Baumgärtel*, Wesen und Begriff der Prozeßhandlung, 1957, S. 110 ff., untersucht die Anwendbarkeit bürgerlichrechtlicher Normen auf die Prozesshandlung in einzelnen Bereichen, lehnt diese aber überwiegend ab. Zur Anwendung der Lehre von der Willenserklärung insbesondere im Bereich der Willensmängel siehe ausführlich unter § 6 III. und Fn. 23.

§§ 133, 157 BGB analog⁴ und für die Umdeutung auf § 140 BGB analog⁵ zurückgegriffen.

II. Unveränderlichkeit der Willenserklärung des Bürgers im Prozess

Es ist schon im Ansatz hinterfragenswert, wie der Zivilprozess Einfluss auf die Rechtsnatur einer Erklärung des Bürgers haben soll. Denn im Unterschied zum Staat vermag der Bürger auch im Prozess nicht hoheitlich zu handeln. Weshalb sollte sich die Rechtsnatur einer Erklärung des Bürgers im Prozess prinzipiell ändern? Allzu diffizile Abgrenzungsschwierigkeiten erübrigen sich, wenn man im Prozess die zivilrechtliche Perspektive des Bürgers beibehält. Dass der Zivilprozess Einfluss auf die Gestaltungsfreiheit des Bürgers hat und zu Einschränkungen der zivilrechtlichen Privatautonomie führt, ist einleuchtend. Nicht erklärlich ist hingegen, wie eine Willenserklärung des Bürgers im Zivilprozess zu einer Prozesshandlung mutieren soll. Dient der Begriff hingegen nur der Umschreibung der zivilprozessualen Besonderheiten, so sind diese zunächst zu untersuchen. Sie rechtfertigen vorab keine Abkehr von der Lehre von der Willenserklärung. Hier steht das sichere Fundament einer gesetzlich normierten und ausdifferenzierten Lehre zur Verfügung, die im Prozessrecht fehlt.

⁴ *Rauscher*, in: Münchener Kommentar zur ZPO, 2025, Einl., Rn. 497; *Gottwald*, in: Rosenberg/Schwab/Gottwald, 2018, § 65, Rn. 25; *Baumgärtel*, Wesen und Begriff der Prozeßhandlung, 1957, S. 113 ff.; s. näher zur Auslegung der Klage unter § 4 IV. und der Auslegung der Aufrechnungserklärung im Prozess unter § 9 I. 10. c) dd).

⁵ BGH NJW 2007, 1460 (1461); *Rauscher*, in: Münchener Kommentar zur ZPO, 2025, Einl., Rn. 498; s. näher zur Umdeutung beim sogenannten Prozessvergleich unter § 9 II. 3. c) cc) und im Rahmen der Fehlerfolgenlehre unter § 10 I. 2.

§ 1 Stand der Lehre zur Prozesshandlung

Der Begriff der Prozesshandlung ist allgemein anerkannt und findet auch in der Zivilprozessordnung Verwendung. Er kennzeichnet in Abkehr vom materiellen Zivilrecht unterschiedliche Problemfelder des Zivilprozesses. Eine tiefergehende Lehre lässt sich hingegen kaum ausmachen.

I. Begriffliche Verselbstständigung

Vergeblich sucht man nach einer allgemeinen Lehre von der Prozesshandlung.¹ Schon eine grundlegende Definition der Prozesshandlung ist schwer zu ermitteln.² So wird eine Parteihandlung als Prozesshandlung bezeichnet, wenn sie gestaltend auf ein aktuelles oder künftiges Verfahren einwirkt.³ Dies erinnert durchaus an die Definition der Willenserklärung, wohingegen sich die Darstellung der Prozesshandlung zumeist auf die Abgrenzung zur materiellrechtlichen Willenserklärung konzentriert.⁴ Damit korrespondierend taucht der Begriff der Prozesshandlung zwar im Gesetz auf. Anzuführen sind insbesondere §§ 79 Abs. 3 S. 2, 81, 85 Abs. 1 S. 1 ZPO zur Befugnis der Parteien und der Prozessbevollmächtigten zur Abgabe von Prozesshandlungen sowie §§ 230, 231 Abs. 2 ZPO zur Versäumung von Prozesshandlungen und § 295 ZPO zur Heilung von Formmängeln von Pro-

¹ Es finden sich nur wenige monographische Untersuchungen, die maßgeblich *Gottwald*, in: Rosenberg/Schwab/Gottwald, 2018, § 63, einleitend auflistet. Die heterogenen Titel veranschaulichen zudem bereits, dass es an einer Lehre von der Prozesshandlung mangelt. Die Untersuchungen widmen sich zudem überwiegend nur einzelnen Themengebieten, auf die im Rahmen der nachfolgend behandelten Themenfelder dann jeweils eingegangen wird.

² S. dazu *Voit*, in: Musielak/Voit, ZPO, 2025, Einl., Rn. 59; *Siegert*, Die Prozeßhandlungen, 1929, S. 19; allgemein zum Begriff *Baumgärtel*, Wesen und Begriff der Prozeßhandlung, 1957, S. 20 ff., der ausführlich auf die Vielzahl der vertretenen Begriffsbestimmungen eingeht; ähnlich *Baumgärtel*, ZZP 1974, 121 (121 ff.).

³ *Voit*, in: Musielak/Voit, ZPO, 2025, Einl., Rn. 58; *Gottwald*, in: Rosenberg/Schwab/Gottwald, 2018, Zivilprozessrecht, § 63, Rn. 1; *Elzer*, in: BeckOK-ZPO (Stand: 01.07.2025), § 300, Rn. 84; *Henckel*, Prozeßrecht und materielles Recht, 1970, S. 28 ff.; abweichende Definitionen finden sich bei *Jacoby*, Zivilprozessrecht, 2022, S. 83, und *Schilken/Brinkmann*, Zivilprozessrecht, 2022, S. 50.

⁴ *Gottwald*, in: Rosenberg/Schwab/Gottwald, 2018, Zivilprozessrecht, § 63, Rn. 1 f.; *Rauscher*, in: Münchener Kommentar zur ZPO, 2025, Einl., Rn. 477 ff.; *Lüke*, Zivilprozessrecht I, 2020, S. 218 ff.

zesshandlungen. Der Begriff der Prozesshandlung dient hier jedoch lediglich der Beschreibung von Erklärungen der Parteien, die im Prozess abgegeben werden. Die Bezeichnung als Prozessklärung, also eine im Prozess abgegebene Willenserklärung, erscheint daher wesentlich näherliegend. Mit dem Begriff der Prozesshandlung wird demgegenüber vorschnell eine Abkehr vom materiellen Recht vollzogen, ohne diese zu erklären und zu begründen. Der Begriff der Prozesshandlung und der Willenserklärung weisen begrifflich keinerlei Gemeinsamkeiten mehr auf, meinen jedoch inhaltlich dasselbe. So wird rein begrifflich eine Abkehr vom materiellen Zivilrecht vollzogen, ohne diese inhaltlich zu belegen und zu legitimieren.

II. Konglomerat heterogener Problemfelder

Die fehlende dogmatische Untermauerung der sogenannten Prozesshandlung verwundert nicht, wenn man sich die heterogenen Problemfelder veranschaulicht, zu deren Lösung sie bemüht wird. Das Spektrum reicht von der Zulässigkeit der Klage, über Anträge im Prozess bis hin zur Prozessbeendigung durch die Parteien. Im Verlauf des Prozesses ergeben sich Überschneidungen mit materiellrechtlichen Willenserklärungen, die der Prozesshandlung eine Doppelnatur verleihen sollen, wenn es beispielsweise um den Prozessvergleich geht.⁵ Bei der Prozessaufrechnung soll es demgegenüber zu einem Doppeltatbestand kommen,⁶ wohingegen das Anerkenntnis oder der Verzicht vorwiegend rein prozessual gedeutet werden.⁷ Abgrenzend zur Willenserklärung werden die Bedingungs-, Widerrufs- und Anfechtungsfeindlichkeit der Prozesshandlung betont.⁸ Hier fehlt ein roter Faden. Es treffen konträre Lösungsmuster aufeinander, weshalb es nicht verwunderlich ist, dass sich über den Begriff der Prozesshandlung hinaus bis heute keine sie stützende Lehre entwickelt hat.

III. Verhältnis zur Lehre von der Willenserklärung

Entgegen dem Ansatz der prozessualen Lehre stellt sich die Frage, ob die sogenannte Prozesshandlung der Willenserklärung nicht viel nähersteht, als es bisher den Anschein erweckt. Denn die angeführten Problemfelder betreffen Themenbereiche, deren Lösungsmuster im materiellen Recht verankert sind. Hier kann als Fundament auf eine jahrhundertlang fortentwickelte Lehre zurückgegriffen werden, die zudem gesetzlich verankert ist. Davon ausgehend ist zu untersuchen,

⁵ S. dazu ausführlich unter § 9 II.

⁶ S. dazu unter § 9 I.

⁷ S. dazu unter § 9 III. und § 9 IV.

⁸ S. dazu unter § 6.

ob und inwieweit diese Lehre auf das Prozessrecht übertragbar ist, also unabhängig von der Einbettung einer Erklärung des Bürgers im zivilrechtlichen oder zivilprozessualen Umfeld zur Anwendung gelangt. Das Prozessrecht mag Besonderheiten mit sich bringen. Dies erfordert jedoch noch nicht notwendig eine von der Willenserklärung entkoppelte Lehre von der Prozesshandlung, sondern kann auf identischer Rechtsgrundlage lediglich zu abweichenden Lösungen führen.

IV. Gemeinsame Wurzeln im Sinne der Dynamik von Prozess- und Zivilrecht

Die Lehre von der Willenserklärung erweist sich allein schon aufgrund ihrer Ausrichtung am zivilrechtlichen Prinzip der Privatautonomie als äußerst flexibel. Aus gutem Grund liegt auch hier die Wurzel der zivilprozessualen Maximen,⁹ was wiederum der Dynamik des Prozessrechts Rechnung trägt. Es spricht daher viel dafür, dass die verbleibenden Besonderheiten des Prozessrechts sich mithilfe der Lehre von der Willenserklärung systemkonform bewältigen lassen. Damit erübrigt sich die Entwicklung einer autonom prozessualen Lehre zur Prozesshandlung. Nicht eine Abgrenzung, sondern eine Ausrichtung des Prozessrechts am materiellen Recht erscheint wünschenswert, um dessen bestmögliche Umsetzung zu gewährleisten. Für den Bereich der Prozesshandlungen soll diese Ausrichtung hier vollzogen werden.

⁹ So auch *Wagner*, *Prozeßverträge*, 1998, S. 60 und Fn. 67, der trotz der von ihm angenommenen „normativen Verklammerung von materiellem Recht und Prozessrecht“ davon ausgeht, die Institute des Prozessrechts ließen sich nicht mithilfe der dogmatischen Kategorien des materiellen Rechts wie der Willenserklärung und der Stellvertretung erfassen.

§ 2 Die Frage nach der Rechtsnatur der Prozesshandlung

Fehlt eine dogmatisch fundierte Lehre zur Prozesshandlung, so ist zur Kennzeichnung ihrer Rechtsnatur eine begriffliche Annäherung aufschlussreich. Begrifflich geht es um eine Handlung im Prozess.

I. Die fragwürdige Fokussierung auf eine Handlung

Erschließt sich der prozessuale Bezug der *Prozesshandlung* unmittelbar aufgrund ihrer Einbettung in den Zivilprozess, so bleibt unklar, weshalb von einer *Prozesshandlung* und nicht von einer *Prozesserklärung* die Rede ist.¹

1. *Prozesshandlung als Realakt?*

In Abgrenzung zur Willenserklärung auf rechtsgeschäftlicher Ebene kennzeichnet die Handlung einen Realakt als Anknüpfungspunkt für die deliktsrechtliche Ebene des Zivilrechts. Eine solche Anknüpfung ergibt für das Prozessrecht hingegen keinen Sinn.

¹ *Baumgärtel*, Wesen und Begriff der Prozeßhandlung, 1957, S. 20 ff., setzt sich näher mit dem Handlungsbegriff auseinander, ohne jedoch auf den Unterschied zur „Erklärung“ einzugehen. Möglicherweise könnte man mit *Elzer*, in: BeckOK-ZPO (Stand: 01.07.2025), § 300, Rn. 84, als Erklärung heranziehen, dass es strittig ist, ob Prozesshandlungen als tatsächliche Ausführung, Willenserklärung oder Sonstiges zu deuten sind, wobei *Elzer* auf die Differenzierung zwischen den einzelnen möglichen Prozesshandlungen bei Rosenberg/Schwab/Gottwald, 2018, § 64, Rn. 1 ff. verweist. Auch bei *Kern*, in: Stein/Jonas, 2016, vor § 128, Rn. 257 ff., wird deutlich, dass es neben Willenserklärungen auch noch andere tatsächliche Handlungen (Realakte) gibt, wie z.B. die Einreichung, Übergabe oder Vorlegung von Schriftsätzen und Urkunden oder Wissenserklärungen. *Kern* weist aber selbst darauf hin, dass auch der Beweisanztritt eine Willenserklärung darstelle. Ein möglicher Erklärungsansatz wäre also, dass aufgrund der Vielzahl der vom Begriff erfassten Konstellationen und Sachverhalte auf den Begriff der Handlung abgestellt wird, weil dieser weiter ist als der engere Begriff der Erklärung. Die nachfolgende Untersuchung zeigt aber, dass eine solche Begriffserweiterung nicht veranlasst ist, zumal sie eine einheitliche Lehre ausschließen würde.

a) Anknüpfung an die überkommene Papierform

Die Prozesshandlung als Realakt ließe sich allenfalls noch historisch mit der überkommenen Einreichung der Klage in Papierform bei Gericht in Verbindung bringen.² Jedoch erlangt eine diesbezügliche Handlung keine zivilprozessuale Bedeutung, zumal sich ein solches Verständnis spätestens im Zeitalter der Digitalisierung erübrigt.

b) Verengung auf den Handlungswillen

Als mögliche Deutung bleibt der Ansatz, dass in Abgrenzung zur Willenserklärung nur der Handlungswille, nicht aber das Erklärungsbewusstsein und der Geschäftswille der Partei im Prozess maßgeblich sein soll.³ Dafür könnte sprechen, dass Prozesshandlungen als anfechtungsfeindlich angesehen werden, ein Irrtum der Prozesspartei also irrelevant sein soll.⁴ Prozesshandlungen erweisen sich jedoch vielfältig als widerruflich⁵ und können zumindest innerprozessual mit einer Bedingung verknüpft werden.⁶ Beide Wesenselemente sind im Recht der Willenserklärung verankert, § 130 Abs. 1 S. 2 BGB und § 158 BGB, und grenzen sie von der Handlung ab. Es fehlt also eine plausible Begründung für die Anknüpfung an eine Prozesshandlung, wohingegen sich die Annahme einer Prozessserklärung dogmatisch in die Lehre von der Willenserklärung fügt.

2. Voreilige Ausblendung des Willenselements

Der Begriff der Prozesshandlung mag ihre Anfechtungsfeindlichkeit kennzeichnen,⁷ jedoch rechtfertigt er keine Abkehr vom Begriff der Willenserklärung. Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass die Anfechtung einer Willenserklärung wegen eines Irrtums ohnehin eine Ausnahmeerscheinung ist. Entscheidend ist das Willenselement nicht im Hinblick auf die Anfechtung, sondern in Bezug auf die mit der Erklärung bezweckte Herbeiführung einer Rechtsfolge. So wird das Willenselement mit dem Begriff der Prozesshandlung voreilig ausgeblendet, anstatt seinen prozessualen Bezug herzustellen. Zugleich wird damit die Möglichkeit verspielt, die Lehre von der Willenserklärung für das Prozessrecht fruchtbar zu machen.

² So noch *Bruns*, JZ 1959, 204 (205), der die Prozesshandlung als einen „Verfahrensschritt von formgegründeter Selbstständigkeit“ bezeichnet und folglich vorschlägt, die Parteiprozesshandlungen als „den Parteien zurechenbare Handlungsformen“ zu definieren.

³ In diesem Sinne stellt *Kern*, in: Stein/Jonas, 2016, vor § 128, Rn. 243, allein auf den Handlungswillen ab.

⁴ Zur Anfechtungsfreundlichkeit siehe hingegen ausführlich unter § 6 III.

⁵ Ausführlich dazu unter § 6 II.

⁶ S. dazu ausführlich unter § 6 I.

⁷ Zur Anfechtungsfreundlichkeit siehe hingegen ausführlich unter § 6 III.

II. Zur angestrebten prozessualen Rechtsfolge

Die Willenserklärung ist definiert als Äußerung eines auf die Herbeiführung einer Rechtsfolge gerichteten Willens.⁸ Übertragen auf das Prozessrecht ist die Klageerhebung als Prototyp einer Prozesshandlung die Äußerung des auf die Herbeiführung einer Verurteilung des Beklagten durch das Gericht gerichteten Willens des Klägers. Der Kläger vermag sich dazu auf den verfassungsrechtlich verbürgten Justizgewährungsanspruch zu stützen.⁹ Die Klageerhebung lässt sich also trefflich unter die Definition der Willenserklärung subsumieren.¹⁰ Entsprechendes gilt für die umgekehrt auf Klageabweisung abzielende Klageerwidern des Beklagten.

III. Prozessuale Willenserklärung anstelle von Prozesshandlung

Die rein begriffliche Annäherung an die Prozesshandlung ergibt, dass es bei ihr nicht um eine Handlung, sondern um eine Erklärung geht. Es handelt sich um eine zivilprozessuale Willenserklärung, kurzum also um eine *Prozesserklärung* und nicht um eine *Prozesshandlung*.¹¹ Im Zuge der weiteren Untersuchung wird daher zu prüfen sein, ob und inwieweit die Lehre von der materiellrechtlichen Willenserklärung auf die Prozesserklärung übertragbar ist.

⁸ BGH NJW 2001, 289 (290); Köhler, BGB Allgemeiner Teil, 2024, § 6, Rn. 1a; Singer, in: Staudinger, 2021, vor §§ 116, Rn. 1, mit weiteren Nachweisen.

⁹ Dieser gegen den Staat gerichtete Anspruch ist vom materiellrechtlichen Anspruch zwischen den Parteien zu unterscheiden; so auch Mugdan, Band 1, 1899, S. 512 (Motive I, S. 291); näher zu diesem Themenkomplex Wagner, Prozeßverträge, 1998, S. 399 ff.

¹⁰ Ebenso Arens, Willensmängel bei Parteihandlungen, 1968, S. 40; Stein, ZZZ 1911, 417 (419 ff.); Stein, ZPO, 10. Auflage, 1911, vor § 128, S. 362; ablehnend Hellwig, in: Festgabe für Otto Gierke, 1910, S. 60, der die Eigenschaft der Klage als Willenserklärung mit dem Argument verneint, dass die Rechtshängigkeit unabhängig vom Willen des Klägers eintrete; so auch pauschal für alle Parteiprozesshandlungen Nußbaum, Die Prozeßhandlungen, 1908, S. 67.

¹¹ Prozesserklärung als alternative Bezeichnung für Prozesshandlung auch bei Elzer, in: BeckOK-ZPO (Stand: 01.07.2025), § 300, Rn. 84, und Lange, ZZZ 1928, 246 (249 ff.). Der Begriff wird in jüngerer Zeit auch vom BGH verwendet, BGH, GRUR 2024, 404 (405); BGH, NJOZ 2024, 600 (600), sowie von Ball, in: Musielak/Voit, ZPO, 2025, § 546, Rn. 7, und Kratz, in: BeckOK-ZPO (Stand: 01.07.2025), § 593, Rn. 1.

§ 3 Ermittlung der gesetzlichen Grundlagen

Neben der begrifflichen Erfassung stellt sich die Frage nach den dogmatischen Grundlagen der prozessualen Willenserklärung, aus der sich ihre Voraussetzungen, Rechtsfolgen und Fehlerfolgen ableiten lassen. Es geht also um die Suche nach einer gesetzlichen Grundlage.

I. Mangelnde Normierung im Prozessrecht

Das Prozessrecht liefert als sachnächstes Rechtsgebiet keine gesetzliche Rechtsgrundlage zur Dogmatik von Erklärungen der Parteien im Prozess. Die Zivilprozessordnung hat die Prozesshandlung begrifflich zum Gegenstand,¹ ohne jedoch ihre rechtlichen Grundlagen zu normieren. Dies gilt gleichermaßen für Erklärungen des Gerichts bis hin zum Urteil. Insofern ist der Gesetzgeber konsequent. Methodisch gesehen offenbart dies eine Regelungslücke, die zudem planwidrig ist, da sich auch den Gesetzesmotiven keine diesbezüglichen Erwägungen entnehmen lassen.²

II. Blick ins Verwaltungsverfahrenrecht

Vermeintlich näher als das materielle Recht steht das Verwaltungsverfahrenrecht dem Prozessrecht. Denn hier normiert der Gesetzgeber neben dem materiellen Recht zugleich das formelle Recht für das Handeln der Verwaltung. Jedoch geht es im Kern um den Verwaltungsakt als Handlungsform der Verwal-

¹ S. o. § 1 I.

² Die Motive zählen zu Prozesshandlungen nicht solche der Parteien, sondern Handlungen der nicht richterlichen Beamten, die auf Betreiben einer Partei zur Führung des Rechtsstreits vorgenommen werden (z. Bsp. der Gerichtsvollzieher), *Hahn/Mugdan*, Band 2, Abteilung 1, 1881, S. 282 (Begründung, S. 215), im Anschluss an die Motive zum preußischen Entwurf, 1864, S. 61, die auch solche Handlungen einbeziehen, welche von dem Gericht im Lauf des Verfahrens vorgenommen werden, ohne Akte der Rechtsprechung zu sein. Letztlich wurde die weitere Ausprägung der Rechtsprechung überlassen, so schon die Protokolle zum Entwurf der Staaten des Norddeutschen Bundes, 1868, S. 316 f.; ähnlich auch *Walsmann*, AcP 102 (1907), 1 (8 f.), in seinem Befund anhand einer Untersuchung zum Irrtum im Prozessrecht.

Stichwortverzeichnis

- Abgabe 12 f., 16, 19, 23, 65, 73, 112, 118 f., 123, 139, 149 f.
- Ablaufhemmung 57
- Absender 35
- Abstraktionsprinzip 118 f.
- abtretungsfest 101
- Abweisung 82, 121
- actus contrarius 39, 48, 143
- Adressat 13 ff., 23 ff., 35, 40, 44 f., 57, 65, 76, 90 ff., 128, 132, 138 ff.
- alsbald 32
- Analogie 13, 16, 58, 91, 113, 139
- Andeutungstheorie 24, 140
- Anerkenntnis 4, 28, 120 f., 154
- Anerkenntnisurteil 120 f., 154
- Anfechtbarkeit 62 ff., 83, 100, 117, 123, 145 f., 148
- Anfechtung 8, 25, 60 ff., 70 ff., 82 f., 100, 116, 132, 135, 145 ff., 155
- Anfechtungserklärung 64, 145
- Anfechtungsfeindlichkeit 4, 8, 53, 60 ff.
- Anfechtungsfrist 33, 62, 64, 66, 145 f.
- Anfechtungsgegner 12, 64, 69, 145 f.
- Anfechtungsgrund 62, 64, 68, 72, 145 f.
- Angriffsmittel 17 f., 64, 82 f., 133 ff., 139, 145, 148
- Angriffs- und Verteidigungsmittel 17 f., 82 f., 133, 136, 139, 145, 148
- anhängig 26, 43 f., 46, 101, 104, 143, 151
- Anhängigkeit 23 ff., 36 f., 43 ff., 51 f., 62, 82 f., 104 ff., 140 ff., 151 f.
- Anschlussberufung 82, 148
- Anschlussurteilung 73 ff., 80, 147
- Antrag auf Klageabweisung *siehe* Klageabweisungsantrag
- Anwaltszwang 132
- arglistige Täuschung 63, 65, 69, 71, 145
- Aufhebung 45 ff., 59 f., 74, 109 f., 116, 143 ff., 153
- Aufhebungsurteil 48, 59, 67, 145 f.
- Aufrechnender 89 ff., 94 ff., 102, 104, 149 ff.
- Aufrechnung 87 ff., 110, 119, 149 ff.
- außerprozessuale Aufrechnung 98 f.
 - innerprozessuale Aufrechnung 98 f.
- Aufrechnungserklärung 54, 89 f., 93 ff., 100, 103, 149 ff.
- bedingte Aufrechnungserklärung 54, 93
- Aufrechnungsgegner 89 f., 95, 104, 149, 151
- Aufrechnungslage 90, 93 f., 101 f., 150
- Aufrechnungsverbot 102, 105, 151
- aufschiebende Wirkung 56
- Auskunftsanspruch 20
- Auslegung 1, 19, 24 f., 35, 70, 77, 98, 114, 124, 128, 137 ff.
- Aussetzung 105, 151
- bedingter Antrag 56 f.
- Bedingung 8, 42, 54 ff., 72 ff., 83, 93 ff., 103, 105, 119, 138, 147, 149 ff.
- auflösende Bedingung 57
 - aufschiebende Bedingung 42, 57, 73, 75, 93, 97, 119
 - außerprozessuale Bedingung 56, 79
 - innerprozessuale Bedingung 8, 54 ff., 73, 79 f., 93, 96, 99, 105, 138, 147 f.
 - stillschweigende Bedingung 98
- Bedingungsfähigkeit 72, 83
- Bedingungsfeindlichkeit 4, 53 ff., 77, 93, 105, 144, 149
- Bedingungsrecht 55, 57, 75 ff., 83, 93, 105, 144, 147, 149
- Beendigung des Prozesses 4, 15, 59, 66, 68 f., 112, 115, 119 f., 146, 152

- Befristung 77, 133 ff., 147, 156
 Befristungsfeindlichkeit 77 ff., 147
 Begründetheit 95, 129
 Begründung 8, 17 f., 22 ff., 36, 46, 82 f.,
 89 f., 99 f., 103, 105 f., 109, 112, 119,
 128, 130, 139 f., 148 f.
 Begründungserfordernis 17, 22, 24,
 82 ff., 139, 148
 Behörde 12, 64, 138, 145
 Belehrung 25, 74, 76, 111 f., 127, 132,
 134, 153, 156
 Berufungsverfahren 17, 82, 148
 Beschleunigungsmaxime 41, 126, 131,
 134, 156
 Beschluss 14, 48, 51 f., 74, 143 f., 147 f.
 Beschwer 82, 148
 – formelle Beschwer 82, 148
 – materielle Beschwer 82, 148
 Beschwerde 51, 74, 144
 – sofortige Beschwerde 51, 74, 144
 Bestätigung 124 f., 135, 155
 Bestimmtheit 127 f., 141, 155
 Bestimmtheitsgebot 139, 155
 Bestimmtheitsgrundsatz 20, 22, 127 f.,
 139 f.
 Beurkundung 108, 111, 153
 – notarielle Beurkundung 108, 111,
 153
 Beurkundungserfordernis 114
 Bevollmächtigter 21 f.
 Bevollmächtigung 21 f., 96 f., 139
 Beweisantrag 58
 Beweisbeschluss 17, 58
 Beweislast 28, 96 f., 134
 Bewirkung 15, 26
 Bewirkungserklärung 15, 58 ff., 62 f.,
 67 ff., 73, 76, 138, 145 f.
 Bindung 40, 43 ff., 58, 76 f., 125, 142
 Bösgläubigkeit 36 f., 50, 66, 142 f.
 Bürger 1 f., 5, 12 ff., 16, 48, 137 ff.
 Bürgerliches Gesetzbuch 12

 de lege ferenda 33, 51, 57, 74 f., 80, 121,
 141 f., 147
 dienende Funktion 63, 93, 149
 dienender Charakter 1, 13, 138

 Digitalisierung 8, 22
 Dispositionsfreiheit 100, 107
 Dispositionsmaxime 20, 40, 47, 110
 Dissens 113, 116
 Doppelnatur 4, 87 ff., 149 ff.
 doppelrelevant 89 ff., 129, 139, 149
 doppelrelevante Tatsachen 89 ff., 129,
 139, 149
 Doppeltatbestand 4, 14, 35, 87, 90, 106,
 109, 111, 113, 120 f., 149, 152 f.
 Dritter 62, 65, 68, 70, 145
 Drittwiderklage 70
 Drohung 63, 65 f., 69, 71, 146
 Durchführungsrisiko 117, 154
 Durchsetzbarkeit 94 ff., 150
 Dynamik 5, 60, 83, 88, 125, 135, 138,
 145, 148, 155

 Eigenschaftsirrtrum 64 f.
 Einheitstheorie 113 f.
 Einlassung 29, 52, 144
 Einrede 30, 89, 151
 einseitiges Rechtsgeschäft 24, 42, 54,
 64, 77, 144
 Einwendung 89, 116, 118, 151
 Einwilligung 41 f., 142
 Einwilligungserfordernis 41, 142
 Empfänger 24, 39, 42, 54, 68, 89, 96,
 125, 130, 140, 142 ff.
 – Empfänger der Erklärung *siehe*
 Erklärungsempfänger
 Empfängerhorizont 24, 140
 Empfangsbedürftigkeit 23, 39, 140
 Endentscheidung 55, 79, 147
 Erfüllung 20, 66, 88, 94 f., 98, 101, 108,
 111, 118, 120, 126, 152 f.
 Erfüllungssurrogat 88 f., 94, 100 f.,
 103 f., 149, 151
 Erhebung der Klage *siehe*
 Klageerhebung
 Erklärungsadressat 90
 Erklärungsbewusstsein 8
 Erklärungsempfänger 42, 54, 76 f., 95,
 96 ff., 130, 144
 Erklärungsirrtrum 64, 145

- Erlass 16 f., 25, 41, 44 f., 59, 71, 88 f.,
 111, 121, 142, 149
 Erlassvertrag 121, 154
 Erledigung 27 ff., 52, 73 ff., 88, 131,
 140, 144, 147
 – beidseitige Erledigung 27 f., 52,
 73 f., 144
 – einseitige Erledigung 27 f., 74
 Erledigungserklärung 56, 67, 73 ff., 116,
 147, 153
 – beidseitige Erledigungserklärung 73 f.
 – einseitige Erledigungserklärung 74
 – übereinstimmende
 Erledigungserklärung 79
 Ermessen 28, 67, 74, 77, 102, 105, 140,
 147
 Erwirkung 15, 19 ff.
 Erwirkungserklärung 15, 40, 58 ff., 62,
 67 ff., 125 ff., 133 ff., 138, 142, 145 f.
 Eventualaufrechnung 93
 ex nunc 50, 57, 132
- Fälligkeit 36, 94 ff., 150
 Falsa demonstratio non nocet 25
 Falschbezeichnung 70, 146
 Falsus procurator 22
 Fehlerfolgen 11, 119, 126 ff., 154
 Fehlerfolgenlehre 123 ff., 154 ff.
 Feststellung 19, 28, 49, 79, 82, 105, 137,
 151
 Feststellungsinteresse 41, 142
 Feststellungsklage 19 f., 74 f., 79 f., 139,
 147
 – negative Feststellungsklage 19, 41,
 43, 46, 81 f., 88, 142 f., 148
 – positive Feststellungsklage 19, 43,
 142, 152
 Feststellungsurteil 49
 Fiktion 30, 44, 74, 76, 141
 fingiert 104, 151
 Flucht aus der Präklusion 55
 Flucht in die Säumnis 55
 Form 22, 24, 108, 111 ff., 123 ff., 127,
 130, 155
 formelles Kostenrecht 68
- Formerfordernis 22, 108, 111 ff., 130 f.,
 140, 152 f.
 Frist 33, 37, 74, 81, 123, 133, 141, 155
 Fristablauf 74, 134
 fristgebunden 123 f., 155
 Fristsetzung 18, 77 f., 147
 fristwahrende Wirkung 33
 Fristwahrung 33, 37, 141
- Gebot eines fairen Verfahrens 131, 156
 Gegenforderung 88, 90, 93 ff., 98,
 101 ff., 150 ff.
 Geldschuld 35
 Genehmigung 22, 30, 42, 44, 132, 142
 Gerechtigkeit 63, 133 ff., 156
 Gerechtigkeitsempfinden 135
 gerichtlicher Hinweis 41, 127, 132
 Gerichtsstand 84, 148
 Gesamtwirksamkeit 91
 Geschäftsfähigkeit 21, 89 ff., 110, 129
 Geschäftswille 8
 Gestaltungserklärung 89, 103, 139
 Gestaltungsklage 19 f., 139
 Gestaltungsrecht 17 f., 54, 71, 77, 89,
 93 f., 100, 123, 133, 138 ff.
 Gewaltenteilung 12, 16, 40
 gewillkürter Parteiwechsel 128
 Grundverwaltungsakt 108
- Haftung 51, 67 ff., 146
 Handlung 7 ff., 11, 13, 16, 27, 138
 Handlungswille 8
 Hauptantrag 55, 79, 83, 144
 Hauptforderung 20, 90, 93 ff., 101 ff.,
 105, 150 f.
 Haupt- und Hilfsantrag 55, 79, 83, 144
 Heilung 3, 49, 114 f., 123 ff., 129 ff.,
 155 ff.
 Hemmung der Verjährung *siehe*
 Verjährungshemmung
 Herausgabe 20
 Hilfsantrag 55 ff., 79, 83, 144
 – bedingter Hilfsantrag 57
 Hilfsaufrechnung 93, 98 ff., 150
 Hilfsbegründung 83, 148
 hilfsweise 79, 100 f., 105, 147, 151 f.

- Hilfswiderklage 105, 151
 Hinterlegung 89, 149
 Hinweispflicht 127, 132
 Hoheitsträger 12
 hypothetischer Verzögerungsbegriff 135, 157
- indirekte Beweislastregel 134
 Indiz 36, 50 f., 63, 102, 151
 Inhaltsirrtum 64
 innerprozessual 8, 54 ff., 72 f., 79 f., 93, 96, 98 f., 105, 120, 138, 147 f.
 insolvenzfest 101
 Irrtum 8, 25, 33, 60 ff., 64 ff., 83, 145, 155
 – Irrtum über die Person 65
 – Irrtum über eine verkehrswesentliche Eigenschaft 65
 Irrtumsanfechtung 33, 62, 68, 123, 125
 Isolationstheorie 83 f., 148
 isoliert 28, 70, 83, 118
- Jahresfrist 66
 Justizgewährungsanspruch 9
- Kausalität 135, 157
 Klage 19 ff., 39 ff., 55 ff., 73 ff., 81 ff., 103 ff., 126 ff., 138 ff.
 Klageabweisung 9, 43, 79, 81, 147
 Klageabweisungsantrag 17, 43, 81, 121
 Klageänderung 28 f., 70, 74 f., 78, 80, 83 f., 132, 140, 146 ff.
 – privilegierte Klageänderung 70, 83 f., 148
 Klageantrag 19 ff., 65, 70, 81, 127, 139 f., 145
 Klageart 19
 Klagebegründung 19, 22 ff., 140
 Klageeinreichung 8, 23, 26 ff., 140
 Klageerhebung 9, 15, 25, 30 ff., 43, 57, 88, 126, 138, 141
 Klageerweiterung 69 f.
 – subjektive Klageerweiterung 70
 Klageerwiderung 9, 17, 29, 40 ff., 51, 60, 62, 74, 81 ff., 99 f., 105 f., 139 ff.
 Klageforderung 62, 89 f., 95
 Klagehäufung 55
 Klagerücknahme 15, 28, 39 ff., 50, 140, 142 ff.
 – privilegierte Klagerücknahme 28
 Klageschrift 64, 130
 Kondiktion 118
 konkludent 35, 48, 98
 Konkurrenz 70 ff., 83 f., 146
 – freie Konkurrenz 71 f., 146
 Konkurrenzverhältnis 83
 Konnexität 85, 102, 151
 Kosten 27 ff., 51 f., 58, 68, 74, 84, 115, 144
 – Kosten des Rechtsstreits 51, 68, 144
 Kostenentscheidung 28, 51, 62, 67 f., 146
 Kostenerstattung 28, 67 ff., 146
 – formelle Kostenerstattung 67 ff., 146
 – materielle Kostenerstattung 68, 146
 Kostenerstattungsanspruch 27 ff., 51, 67 f., 140, 146
 – formeller Kostenerstattungsanspruch 51, 67, 146
 – materieller Kostenerstattungsanspruch 27 ff., 67 f., 140
 – prozessualer Kostenerstattungsanspruch 27, 68, 140
 Kostenlast 47, 74 f., 79, 88, 147
 Kumulationstheorie 83 f., 148
- Lebenssachverhalt 20, 22, 140
 Lehre von der/zur Prozesshandlung 1, 3 f., 5, 7
 Lehre von der/zur Willenserklärung 1 f., 4 f., 8, 13 ff., 19, 39, 53, 72, 123, 137 f., 148
 Leistungsantrag 79, 147
 Leistungsbefehl 19, 49, 108, 111 ff., 125, 139, 143, 152 ff.
 – exekutiver Leistungsbefehl 19, 49, 111, 113 ff., 125, 139, 143, 152 f.
 – gerichtlicher Leistungsbefehl 111 f., 114, 119 f., 153 f.
 – Leistungsbefehl des Gerichts *siehe* gerichtlicher Leistungsbefehl

- staatlicher Leistungsbefehl 108
- Leistungsklage 19, 43, 74 f., 104, 139, 142
- Mahnbescheid 35, 142
- Mahnung 18, 20, 27, 31, 33 ff., 56, 128, 141 f.
- Mahnverfahren 32, 128
- Mangel 71, 117, 119, 123, 126 ff., 132, 155 f.
- materiellrechtlich 20 ff., 29 ff., 49 f., 68 ff., 87 ff., 110 ff., 119 ff., 139 ff., 149 ff.
- Maxime 5, 20, 22, 40 f., 47, 110, 125 f., 131, 134
- Mitwirkungsobliegenheit 131, 156
- Mitwirkungspflicht 125 ff., 131, 133 f., 136, 155 f.
- Motivirrtum 64 f., 145
- Neuvornahme 118 f., 124 f., 135
- Nichtigkeit 114, 117, 123 f.
- Nichtigkeitsklage 71
- notarielle Urkunde 109, 111, 152 f.
- Notfrist 51, 143
- Obliegenheit 31 f., 101, 134
- Paradigmenwechsel 1, 137
- Parteifähigkeit 21, 89, 127, 129
- Parteirolle 88, 101, 106, 149 f.
- Pflichtverletzung 126, 157
- Pflichtverstoß 126, 135
- Potestativbedingung 54, 58, 72 f., 144
 - zulässige Potestativbedingung 58
- Präklusion 55, 133 ff., 150, 156 f.
- Primäraufrechnung 93
- Prioritätsprinzip 43, 142
- Privatautonomie 2, 5, 20, 40, 43, 45, 47, 92 f., 97, 107, 109, 126, 138, 143, 149 f.
- Protokollierung 108, 111 f., 115, 117, 125, 152 f.
- Prozessantrag 17, 81, 85, 139, 148
- Prozessaufrechnung 4, 84, 87 ff., 149 ff.
- Prozessbeendigung *siehe* Beendigung des Prozesses
- Prozessbeschleunigung 135, 155
- Prozessbevollmächtigter 21, 139, 154
- Prozesserklärung 4, 7 ff., 14, 17 ff., 39 ff., 53 ff., 75 ff., 81 ff., 87 ff., 123 ff., 137 ff.
- bedingte Prozesserklärung 55, 75, 79, 83
- prozesserklärungsähnliche Erklärung 18
- Prozesserklärungsvoraussetzungen 89, 110, 129
- Prozessfähigkeit 21, 89, 129
- Prozessführungsbefugnis 21, 139
- Prozessgegner 42, 44, 58 ff., 71 ff., 78, 80, 83 f., 90, 92, 106, 116, 118, 129 ff., 145 ff.
- Prozesshandlung 1 ff., 3 ff., 7 ff., 11 ff., 53, 129, 137 ff.
- Prozesskosten 67, 69, 146
- Prozesskostenhilfe 51, 56, 144
- Prozessmaxime 125, 134, 155
- Prozessökonomie 51, 55, 59, 83 f., 102, 111, 126, 148, 151
- prozessökonomisch 20, 43, 56, 115, 120, 128, 142, 155
- Prozessstrennung 85, 102, 148, 151
- prozessuale Willenserklärung 9, 14, 19 ff., 90
- prozessunökonomisch 117
- Prozessurteil 127 f.
- Prozessvergleich 4, 106 ff., 121, 152 ff.
- Prozessvertrag 14 f., 24, 88, 108, 138
- Prozessvollmacht 22, 118, 139
- Prozessvoraussetzungen 83, 89 f., 126 f., 149, 155
 - echte Prozessvoraussetzungen 126, 155
- Qualifikation 30 f., 111, 132, 153
- Realakt 7 f., 18, 88, 138
- Recht der Willenserklärung 8, 25, 137, 144
- Rechtliches Gehör 25, 56, 133, 140

- Rechtsanwalt 21 f., 64, 91, 98, 117 f.,
 127, 132
 Rechtsbedingung 93 f., 150
 Rechtsfähigkeit 21, 89 ff., 110, 128
 Rechtsfolge 9, 15 ff., 24 f., 34, 40 f.,
 43 ff., 59 ff., 66 ff., 112 ff., 124 ff.,
 138 ff.
 rechtsgeschäftsähnliche Erklärung 18,
 29, 34, 83, 139
 rechtsgeschäftsähnliche Willenserklärung
 55
 Rechtsgrund 110, 126
 Rechtshängigkeit 25 ff., 41, 43 f., 50,
 106 f., 119, 140 ff., 152
 – anderweitige Rechtshängigkeit 26,
 41, 50, 142
 Rechtskraft 29, 47, 51, 71 f., 101, 103,
 106 f., 128, 133, 150, 152
 Rechtskrafterstreckung 82, 101, 103 f.,
 148, 151
 rechtskräftig 44 f., 47, 49, 51, 67, 71,
 105, 109, 143, 151
 Rechtsmissbrauch 47, 143
 rechtsmissbräuchlich 32 f., 48, 77, 151
 Rechtsmittel 22, 51, 71, 128 ff., 134 ff.,
 144, 146, 156
 Rechtsmittelfrist 134, 156
 Rechtsnachfolger 47, 51, 144
 Rechtsnatur 2, 7 f., 12 f., 16, 18, 34, 39,
 64, 73, 108, 119, 137 ff.
 Rechtssicherheit 21 f., 48, 51, 54, 60, 63,
 111, 129, 132 ff., 143 ff., 156
 Rechtsstreit 43 f., 50 f., 68, 74, 105 ff.,
 131, 135, 140, 144, 147, 152
 Rechtsunsicherheit 24, 32, 48, 55 ff., 77,
 97, 117, 121, 141, 144
 Rechtsweg 105, 151
 rechtswidrige Drohung 63, 65 f., 69, 71,
 146
 Restitutionsgrund 71
 Restitutionsklage 71
 Rollenverteilung 101, 103
 Rubrumsberichtigung 25, 70, 146
 Rückabwicklung 50, 66, 146
 Rücknahme 49 f., 143
 – Rücknahme der Klage *siehe*
 Klagerücknahme
 Rücktritt 18, 43, 89, 100, 126
 rückwirkend 49 f., 66 f., 140, 143
 Rückwirkung 22, 28, 30, 37, 43 ff., 57,
 62 ff., 95, 101, 106, 132, 141 ff., 156
 Rüge 130 f., 156
 Rügemöglichkeit 129 ff.
 Rügeobliegenheit 130 f., 156
 Rügepflicht 131

 Sachantrag 17 f., 81, 85, 90, 139, 148
 Sachdienlichkeit 83 f., 148
 Sachenrecht 20, 36, 40, 127 f., 139, 155
 Sachentscheidung 17, 128, 151
 Sachurteil 85, 120 f., 148, 154
 Sachurteilsvoraussetzungen 21, 85,
 128 f., 139, 148
 Säumnis 46, 51, 55, 127, 143
 Schadensersatz 28, 62, 68, 126, 145
 Schriftform 22, 120
 schuldhaft 127, 132, 134 ff., 155, 157
 Schuldnerverzug 34, 36
 Schutzbedürftigkeit 26, 46, 95 f.
 Schwebezeitraum 39, 60, 76 ff., 147
 Schwebezustand 54, 75 ff., 95, 97, 134,
 150, 156
 Simultaneitätsprinzip 40
 staatliches Gewaltmonopol 13, 15 f., 40,
 47 f., 68, 97, 108, 143
 staatliches Vollzugsorgan 109
 Stellvertretung 21, 139
 Streitgegenstand 20 f., 32, 64, 70, 129,
 145, 154
 Streitverkündung 16
 Streitwert 51, 84, 144
 Stufenklage 20

 Täuschung 62 f., 65 ff., 71, 145
 teleologische Reduktion 57, 59, 100
 Tippfehler 64
 Titel 21, 107 f., 115, 119, 152
 Titelfunktion 108, 125, 152 f.
 Trennungsprinzip 118 f.
 Trennungstheorie 113 f.

- Umdeutung 2, 114 ff., 124 f., 135, 137, 154 f.
- Unschlüssigkeit 46, 143
- Unterwerfung 106, 108, 110 ff., 118 ff., 152, 154
 - Unterwerfung unter die Zwangsvollstreckung 108, 112, 118, 120, 152
- Unterwerfungserklärung 108 ff., 118 ff., 152 ff.
 - notarielle Unterwerfungserklärung 109
- Unterwerfungsverpflichtung 108, 110 ff., 114, 118 ff., 152, 154
- Unwiderruflichkeit 39, 42, 59, 78, 100, 138, 145, 147, 150
- Unwirksamkeit 48, 50, 66, 91 f., 113 f., 116 ff., 123 ff., 149, 153 ff.
- Unzulässigkeit 46, 51, 56, 99, 103, 109, 143 f., 147, 150
- Unzuständigkeit 128, 155 f.
- Urteil 11 ff., 19 ff., 34, 41, 44 ff., 60, 63, 67, 70 f., 82, 84, 89, 103, 107 ff., 115, 118, 121, 140 ff.
 - klageabweisendes Urteil 42, 50, 82, 89, 127 f., 148, 154
- Veranlassung 1, 28, 98
- Verantwortungssphäre 26, 32, 97
- verbindlich 58, 63, 76, 129
- Verbotsgesetz 92, 155
- Verfahrensrüge 130
- Verfügung 2, 14, 25, 44, 138, 140, 147
 - prozessleitende Verfügung 14, 25, 140
- Vergleich 14, 16, 66, 106 ff., 117 ff., 123 ff., 152 ff.
 - außergerichtlicher Vergleich 114 ff., 118, 120, 153 f.
- Verhandlungsmaxime 22
- Verjährung 20, 30 ff., 50, 55, 57, 141
 - verjährungsfest 101
 - verjährungshemmende Wirkung 30 ff., 50, 56 f., 101, 103, 106
 - Verjährungshemmung 30 ff., 56 f., 101, 103, 141, 150
- Vermutungstatbestand 36
- Verpflichtung zur Unterwerfung *siehe* Unterwerfungsverpflichtung
- Versäumnisurteil 25, 46, 81, 127, 155
- Versäumung 3, 133
- Verschulden 28, 32, 51, 126 f., 131 ff., 155 ff.
- Verschuldensaspekt 134
- Verschuldenselement 156
- Verschuldenserfordernis 36, 132, 156
- Verschuldensmoment 32, 126
- Verschuldensprinzip 131 f.
- verschuldensunabhängige Schadensersatzpflicht 68
- Verspätung 64, 81, 89, 96 ff., 103, 135, 148, 150 f., 157
- Verteidigungsanzeige 17, 25, 43, 81
- Verteidigungsmittel 17 f., 55, 64, 82 f., 89 ff., 99 ff., 103 ff., 133 ff., 139, 145, 148 ff.
 - bloßes Verteidigungsmittel 104, 151
- Vertrauensschaden 69
- Vertrauensschutz 40, 57 ff., 62 f., 100 f., 150
- Vertretung 21 f., 127, 129
- Verwaltung 11
- Verwaltungsakt 11 f., 16, 19, 49 f., 108 ff., 117, 143, 152 f.
 - rechtswidriger Verwaltungsakt 49 f., 143
- Verwaltungsgerichtsordnung 12, 25, 140
- Verwaltungsverfahrenrecht 11 f., 50
- Verwechslung 65
- Verweigerung der Zustimmung 74, 76, 78
- Verweisung 84, 128, 155
- Verwirkung 129 ff., 136, 156 f.
- Verzicht 4, 12, 121, 130
- verzichtbar 29, 130, 141, 156
- Verzichtsurteil 46, 88, 121, 127, 154
- Verzinsung 35 f.
- Verzögerung 27, 31 f., 105, 135, 141
- Verzug 18, 28 f., 142
- Verzugszinsen 35
- Vollmacht 21 f., 118
- Vollstreckungsabwehrklage 45, 49

- Vollstreckungsorgan 19 f., 108, 111, 152
 Vollstreckungstitel 104, 107 f., 111, 114, 152
 Vollzugsakt 108
 von Amts wegen 51, 56, 130, 144
 Vorbehaltssurteil 102, 105, 151
 Vorentscheidung 54 ff., 79, 144
- Waffengleichheit 19, 43, 82, 84, 90, 94, 102 f., 148, 150 f.
 – Prinzip der Waffengleichheit 43, 84, 148
 Wahlrecht 71, 77
 Wahrung einer Frist *siehe* Fristwahrung
 Warnfunktion 30 ff., 37, 50, 56 f., 108 f., 112, 124, 141
 Widerklage 42, 62, 69 f., 84 f., 103 ff., 148 ff.
 – hilfsweise Widerklage *siehe* Hilfswiderklage
 widerklagend 41, 43, 46, 81 f., 142, 148
 widerlegbare Vermutung 36
 Widerruf 15, 39 ff., 58 f., 62, 66 ff., 71 ff., 82, 100, 126, 142 ff.
 – privilegierter Widerruf 73 ff., 147
 – Widerruf der Klage 39 ff., 58 f., 63, 66 f., 73 ff., 82 ff., 106 f., 109 ff., 138, 142 ff., 152 f.
 – Widerruf der Klageerwidern 41 f., 45, 82, 142
 Widerruflichkeit 8, 39 ff., 44 ff., 58 ff., 62, 72, 78, 83, 100, 125, 138, 142 ff.
 Widerrufsfeindlichkeit 53, 58 ff., 144 f.
 Widerrufsfreundlichkeit 58, 60, 144 f.
 widersprüchlich 26, 31, 131
 Wiederaufleben 59, 69, 146
 Wiederaufnahmeverfahren 71, 146
 Wiedereinsetzung in den vorigen Stand 134, 136, 156
- Wille 9, 23, 45, 138
 Willenselement 8
 Willenserklärung 1 ff., 7 ff., 12 ff., 19 ff., 39 f., 53, 58, 63, 89 f., 100, 123 ff., 137 ff.
 – empfangsbedürftige Willenserklärung 23
 – prozessgestaltende Willenserklärung 15, 138, 148
 Willensmängel 72
 Wohnsitzwechsel 26
- zeitlicher Bezugspunkt 28, 43
 Zeitpunkt 26, 28, 30, 37, 41, 43, 107, 117, 125, 131, 140, 142, 154
 Zeit- und Umstandsmoment 131, 156
 zinsfest 101
 Zivilprozessordnung 3, 11 ff., 21, 30, 73, 77, 123, 140, 154
 Zugang 12, 19, 23 ff., 30, 32, 39, 58 f., 76, 78, 100, 133, 139 ff.
 Zulässigkeit 21, 75, 79, 97, 103, 105, 144, 150
 – Zulässigkeit der Klage 4, 21, 90, 128, 130, 149
 Zurechnung 31
 Zurückbehaltungsrecht 102, 151
 Zuständigkeit 26, 49, 56, 84, 128, 132, 140, 155
 Zustellung 25 ff., 44, 51, 56, 107, 127, 133, 141, 143, 156
 Zustimmung 42 ff., 51, 58 ff., 62, 70 ff., 82 ff., 116, 118, 142 ff.
 Zwischenfeststellungsklage 48, 67, 101, 104, 119, 146, 150 f., 154
 – negative Zwischenfeststellungsklage 101, 104, 150 f.